

Bürgerinitiative beklagt Ungleichbehandlung

Vorsitzender der BI "Transparenz beim AZV Pfattertal": Keine Frist für Abwasserzweckverband Landkreis. "Der Abwasserzweckverband (AZV) behindert die Aufklärung ! Das hat System", sagt der Vorsitzende der Bürgerinitiative (BI) "Transparenz beim AZV Pfattertal e.V.", Dietrich Scheible. Bei den mittlerweile über zwei Jahre andauernden Aufklärungsbemühungen habe der AZV immer wieder durch Verschleierung und Nichtinformation geblinzelt. Brauchbare Informationen gelangten Scheible zufolge nur an die Öffentlichkeit durch die hartnäckigen Nachfragen und Prüfungen der BI, des Landratsamtes Regensburg und des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes.

Seine Verhinderungstaktik setze der AZV auch gegenüber dem Verwaltungsgericht fort, sagt BI-Vorsitzender Scheible. Bereits Anfang Mai habe das VG vom Abwasserzweckverband die Nachkalkulation der Jahre 2007 bis 2010 angefordert. Genau diese habe auch die BI seit ihrer Gründung als Voraussetzung für eine objektive Aufklärung mehrfach verlangt. Scheible: "Bis heute ist der AZV diesen Aufforderungen nicht nachgekommen".

Sehr beunruhigend findet der Vorsitzende, dass das Gericht dem AZV für diese Vorlage keinen Termin gesetzt habe. Die BI habe ihre Musterklage zur Terminwahrung bereits im Juni 2010 eingereicht, wohl wissend, dass noch umfangreiche Prüfungen laufen und brisante Ergebnisse zu erwarten sind. Diese Ergebnisse wurden laut Scheible dann am 14. Dezember 2010 vom Landratsamt vorgestellt.

Unfreundlicher Termin

Dem Musterkläger habe das VG dann sofort einen unfreundlichen Termin bis 15. Januar 2011 zur endgültigen Klagebegründung gestellt. "Wir haben dann die Weihnachtstage mit der Auswertung der umfangreichen Prüfberichte zugebracht und unsere Klagebegründung fristgerecht eingereicht", betont der BI-Sprecher. Wenn nun die Gegenseite keiner Fristsetzung unterliege, frage man sich natürlich, "ob das Gericht noch neutral ist!".

Will man die Sache aussitzen ? Oder will man die für August angekündigte Neuberechnung der Gebühren heranziehen ? "Das wird nicht funktionieren", so Scheible, "denn wir klagen gegen die abgelaufene Gebührenberechnung. Wenn die neue Berechnung unbefriedigend ausfällt, ist eine neue Klage fällig". Er fordert demnach, dass diese die Bürgerschaft beunruhigenden Fragen schnellstens durch eindeutige Vorgaben seitens des VG beantwortet werden.

Dass der AZV seinen Konzern auch zur Verschleierung seiner Aktivitäten aufgebaut habe, habe die BI durch ihr Normenkontrollverfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof in München aufgedeckt. Das Verfahren richtete sich nach Aussagen von Scheible gegen die Satzung der Kommunalgesellschaft VBA, welche seit 1. Januar 2010 in neuer Form in Kraft ist. Diese Satzung habe der AZV als großen Schritt in Richtung Transparenz angepriesen. Diese neue Satzung bürde jedoch nach wie vor alle finanziellen Folgen der Betätigung der Tochtergesellschaften dem AZV und damit den Beitrags-/Gebührendzahlern auf, verhindere die umfassende Information der Öffentlichkeit und erlaube den

Tochtergesellschaften eine beliebige Ausweitung ihrer Geschäftstätigkeit, beklagt der BI-Chef.

Gericht nicht interessiert

Das Gericht interessierte sich laut Scheible nicht dafür, welche finanziellen Auswirkungen diese Satzung auf die Bürger hat, weder in der Vergangenheit noch in der Zukunft. Die Satzung wirke ja "nur" auf den AZV und nicht unmittelbar auf die Bürger. Also nur der Abwasserzweckverband selber und die staatliche Rechtsaufsicht des Landratsamtes (welche auch an der Satzung mitgearbeitet hat) können eine Korrektur erzwingen. "Dass dies nicht geschehen wird, kann man sich leicht vorstellen. Somit hat sich der AZV als Geld eintreibende Barriere zwischen den Bürgern und den die Dienstleistung erbringenden Tochtergesellschaften positioniert".

Politik horcht auf

Der Bayerische Landtag interessiere sich allerdings in seinem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit wegen einer Petition der BI für die Machenschaften des AZV-Konzerns, meint Scheible. Mitglieder quer durch alle Parteien waren bei der ersten Verhandlung empört über die Vorgänge beim AZV. Nur das Innenministerium versuchte einsam darzustellen, dass doch alles im Rahmen der gesetzlichen Regelungen, wenn auch teilweise missbräuchlich, abgelaufen sei. Die Abgeordneten gaben sich Scheible zufolge jedoch damit nicht zufrieden, sondern verlangten weitere Auskünfte. Man werde auf schärfere gesetzliche Regelungen für die Zukunft drängen und nochmals verhandeln. "Das hilft zwar in unserem laufenden Verfahren nicht, doch Vorgänge, wie bei uns geschehen, sollten zumindest in der Zukunft verhindert werden", hofft der BI-Vorsitzende.

Redaktion: donau

23. June 2011, 00:00:00